

Schuhmacher-Sachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publicationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Ergebnis Mittwochs. — Redaktionsschluß: Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 4.— Mark durch die Post.
Direkter Versand per Kreuzband 5.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Telefon 408.
Berufliches und Redaktion: Nürnberg 10, Voggenreiter Straße 46.
Reihennummer: Postleitzahl 23989, Expedition „Schuhmacher-Verlag“ Nürnberg.

**Werbepreis 1.—Mark die einspaltige Zeitzeile.
(Nichtberufliches ausgeschlossen).**

Inhaltsverzeichnis: - Bekanntmachung des Zentralausschusses der Gewerkschaften
- Industrie. - Von Bedeutung der Arbeitslosigkeit.
Die Reichsregierung ganz Arbeitslositätsprogramm des **WDG**. - Eine
deutsche und amerikanische Schlagzeile von großer Aktualität und
Bedeutung. - Ein Gebot für Diskussionsarbeits. - Deutsches Gewerkschafts-
jahr und Gewerkschaftsjubiläum Januar bis September. - Uns interessieren
Berufe. - Was den Fachberufen und Beratern. - Gebundenenabschriften.

wert mit ihren Bitten des Werbeitslosen an erste Stelle. Die kapitalistischen Staatsmänner der kapitalistischen Welt erweisen sich als unlöslich, die im Kriege geforderte aber in ihrem Interessenvertrüden und ihrer Proportionalität geforderte Volkswirtschaft neu zu organisieren. Ihre, die kapitalistische Welt, ist der Welt, in verbunden mit namenlosen Elend und dem Hungertod vieler Millionen Proletarien. Ein Gott glaubten die Staatsmänner der Entente, mit deutscher Wirtschaftsumwälzung Frankreichs, Spaniens und Portugals Wirtschaftsschäden entmindesten zu liefern. Hoffnungenlos, so meinten sie, ist die Ursache des Darlehenliegends. War überhaupt die neuen ablenkungsüberzudenenden Kräfte, welche die Entente felsig im Krieg in den Vereinigten Staaten Americas geschildert hatte. Amerikanische Dohle ging jetzt in großen Mengen nach England. Frankreich hatte bald Überlebend in vollede deutscher Nach. England konnte nicht mehr exportieren. Seine Gruben wurden hilfeselig. Arbeitslosigkeit war die Folge. Lohnabreduktion und Riesensteuern wuchsen heraus.

Es wurden geäßt am Arbeitslohen:	
in Deutschland (unterstügt)	am 1. April 1991
in Großbritannien	am 10. Mai 1991
in Frankreich	am 15. Februar 1991
in Italien	im April 1991
in Belgien	am 31. Januar 1991
in der Schweiz	am 9. Mai 1991
in Dänemark	am 28. Januar 1991
in Griechenland	im März 1991
in den Vereinigten Staaten	am 4. Dezember 1990
in den Vereinigten Staaten	Ende Januar 1991
in Schweden	im April 1991
in den Niederlanden	im Februar 1991

Die niederländische Legtisindustrie liegt zurzeit sehr still und arbeitet nur drei Tage pro Woche. In der Dienstleistungsindustrie arbeitet nur drei Tage pro Woche.

1910 16 Prozent aller Arbeiter erwerbstätig, in der Zigaretten-
industrie 45 Prozent, in der Lederindustrie 38 Prozent.
Es ist Taijane, das Gegenstück der Arbeitslosigkeit
um in der ganzen kapitalistischen Welt und insbesondere
ein Teil der Kapitalisten vor seinem grausigen Schatten. Das
Deutsche Reich hat die Blüte, während diese Opfer des Krieges und
der kapitalistischen Wirtschaft ausreichend zu sorgen. In den
Anträgen der sozialistischen Parteien erhebt das organisierte Proletariat
diese Forderung und zeigt den Weg. Eine Lösung dieses
Problems kann nur erfolgen auf der Grundlage sozialistischer Orga-
nisation der Wirtschaft in einem vom gesamten Proletariat
politisch beseitigten Staate. D. S.

Vom Problem der Arbeitslosigkeit.

Das Geprägen der Arbeitslosigkeit geht nun in den Ländern der alten kapitalistischen Welt. Gleich lebenden Schatten kleiner Tages für Tag in Deutschland Hunderttausende in die Büros des Arbeitsbeschaffungsweises, ur- durch ihre Wohnung sich durchsetzen, auf Unterbringung zu erhalten und eventuelle Möglichkeiten des Verlaufs von Arbeitslosigkeit zu erproben. Nur wenigen leuchtet der Stern jenes beschleunigten und doch von Hunderttausenden und Millionen verdeckten Glücks. Bemerkt dieses Hunderttausend, den es nicht mehr braucht, den Tag in die Meldebüros des Rathaus anzureisen, führt andere Hunderttausende an Hause in unbestimmigen, heimlich und sternen, hoffnungs- und trostlos in einen geräuschvoll vorbereitenden Tag. Sie haben das Recht auf Arbeitslosenunterbringung aus irgendeinem Grunde dernotwendig, eben von dem, was gute Menschen ihnen dann und wann zu Staden oder aber der Armenunterbringung. Sie sammeln Reisekosten so als Freigeldanweisung zu sammeln gibt. Ein gewisser Teil will möcht auch durch die Not gewungen, zum Diebstahl zu greifen, wenn alle anderen Mittel der Warenbeschaffung verlagen. Rund eine Million arbeitslose Menschen, die gerne arbeiten möchten, ohne keine Arbeit finden, gibt es nach Angaben des Arbeitsministeriums in Deutschland. Runde sozialpolitisch gut orientierte Leute würden die Zahl auf drei Millionen. Weit über 400 000 werden aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge untersagt.

Alle Berufe, die Arbeitslosigkeit zu mindern, schlugen fehl. An Stelle der rein geldlichen Unterstützung glaubte man produktive Erwerbsarbeiten vorrangig wichtig machen zu können. Wie wäre, wie bei einer gegebenen Anzahl Arbeitnehmer einer bestimmten Anzahl Wochen an Barunterstützung erhält, glaubte man, 2½-fach multipliziert, verhindern zu können die Ausübung von irgend einer notwendigen Arbeit für Reich, Staat oder Gemeinde. Straßenbauten, Brückenbauten, Arbeiten an städtischen Anlagen, Wohnungsanlagen, Docks und Viehhäusern, Waldbauarbeiten und vieles anderes, was in Ansicht genommen wurde, bestätigte die Socrates und der Gemeinden befürchtet und gleichzeitig Arbeitslosigkeit zur Arbeit verholzen. Unterstützung war eben produktiv. Der beruhigende und verschaffende Einfluss der Arbeit auf die beschäftigten Menschen wurde wiederholt bestätigt. Die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeit unterstützte leichtlich diese Befreiungen. Aber trotz aller, die die Erwerbsarbeit bis dahin für große Massen der Bevölkerung sahen, im Reiche der fantaßtischsten Wirtschaft kann sie nicht die Welt aus Arbeitslosigkeitsholz lösen.

Saat der Welt das Arbeitslosenproblem lösen. Das südliche Arbeitsamtsinstitut hat an Hand der einzelnen Verwaltungsbereichen selbstredend theoretische Erörterungen über die Beobachtung der Arbeitslosigkeit und deren Ursachen unternommen. Die Stellung der Arbeitnehmer und die benötigten Maßnahmen, welche die Arbeitslosen zu einer Rückkehr auf den Arbeitsmarkt bringt, ist weit verstreut. Es ist eine Sichtung der normalen Voraussetzung für die Arbeitsbeschaffung und der gesellschaftlichen Organisation von neuen Arbeitsplätzen nicht mehr zu erwarten wäre. Aber sozialistisch regierten Reich und unter der Herrschaft der statistischen Wirtschaft sieben dem Gemeinschaften die benötigten Räder nicht zur Bereitung. So unterbleibt die benötigte Nachfrage wie vor wannen. Tag für Tag ist die Hunderttausender, barbend und lachend, der Gesellschaft und dem Staat zum Rathaus.

Das Arbeitseinkommen wird komplizierter. Die Bevölkerung steigt. Um Frühjahr, so sagte man, wird es besser werden. Wenn die wärmende Sonne Wald und Blut heilstätigt, so regt und bewegt sich die Land- und Forstwirtschaft, die Arbeiter, die Bienen, die Bäume, die Gärten freuen sich über Arbeit. Erwerbslose werden eingestellt, ihre Zahl wird zurückgehen. Vorausgesetzt hat sich nicht erfüllt. Es ist im Gegenteil ein schimmernd der Tag eingetreten. Das Wirtschaftsleben Welt weit gescheitert vom Sieben einer großen Krise. Deutschland wird die Krise verschärft durch den Streit kapitalistischen Regierungen um die Kriegsentschädigungen. Export ist schwer gedämpft und Industrie, wie die Legillindustrie, welche auf Export angewiesen sind, stehen neben dem Baum.

Die Reichsregierung zum Arbeitslositätsprogramm des ADGB.

Der Vorstand des ADGB hatte dem Reichsführer in einer Eingabe vom 26. Februar 1921 sowie in einer Reihe von Kabinett- und Ministerialisierungen sein Arbeitsförderungsprogramm unterbreitet und auf eine Durchführung des „Schröder enthalben“ Förderprogramms hingewiesen. Die „Liste der Schröder-Gefährdung“ wurde in der Nr. 13 über den Inhalt dieses Programms unterrichtet. (D. 16.) Der Reichsführer hat unter dem 23. März eine Eingabe mit einem längeren Schreiben beantwortet, dessen wesentlichen Inhalt wie in gebügelter Form wiedergegeben.

In dem Antwortbriefen des Reichsführers wird erklärt, daß die Reichsregierung der großen Arbeitslosigkeit die Kluft zwischen Arbeit und Job nicht auf die Gewährung des notwendigen Lebensunterhalts als die Erwerbslosen durch öffentliche Unterstützungen befrachtete, sondern auch bereit sei, auf zufriedenstellende Weise den Arbeitslosen Arbeit zu bescheren. Das Jahr 1920 sei bereits eine Millionärstadt für gewerbliche Tätigkeit, hiervon 400 Millionen Werk in formeller Gewerbe- und in ertragreicher, ausgebauter Form; daß im eigenen Betriebswirtschaftsraum öffentliche Dienststellen im weitesten Umfang Landwirtschaft genutzt werden. Da die mit Ausfällen bedrohte Unternehmen verstärkt eingeschafft werden könnten, Arbeitslosen einzuführen und eine verdeckte Arbeitslosigkeit mit mehreren Schichten von Arbeitsnehmern einzufangen, werde von dem Ergebnis einer bereits abgeschlossenen Durchföhrung durch einen paritätischen Austausch abhängen. Die Reichsregierung sehe es auch als ihre selbstverständliche Pflicht an, den Unternehmergewinn, der durch die öffentlichen Ausfälle entsteht, auf ein Mindestmaß zu begrenzen, das den Bedarf der Entlastung und der finanziellen Lage des Reichs am geeignetsten sei. Bei der Entwicklung der Arbeiter könne eine Berlebung der Taxe nicht in Frage kommen.

Gegen die Verhinderung der Arbeitssucht des Bollwirtschaftlers äußert das Schreiben des Reichstagslers bei warmer Anerkennung der Überprüfungsfähigkeit der betriebslichen Arbeiters das Bedenken, daß dadurch, sonst durch Einführung des Schichtarbeitsrechts die allgemeine Leistungsfähigkeit der Produktion noch wesentlich schwächer und daß diese Maßnahmen auch technisch nicht in allen Industrien und Betrieben durchführbar seien. Eine Ausdrucksweise mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Reichsarbeitsministerium habe zu dem Ergebnis geführt, daß die technische und wirtschaftliche Möglichkeit der Arbeitsverkürzung für einzelne Industrien noch befürchtet werden müsse, was in variativen Ausführungen der Zentralrattheitsgemeinschaft und auf Grundlage von Fragebögen geschehen sollte. Bis zur Entscheidung dieser Ausführungen glaubte die Reichsregierung, ihre Erteilung zurückzustellen zu müssen, ebenso wie die Frage, ob die Kursarbeitserunterstützung genügt. Bei § 7 der Forderungen umgesetzelt sei. Es soll gezeigt werden, ob der Kurzaarbeiterunterstützung in ihrer jetzigen Form stärkere Wirkung verliehen werden könne.

Damit läßt die Belebung des Baugewerbes eröffnet das Szenario, daß bereits 1918 bis 1920 allein aus Reichsmitteln (143) Millionen Mark zur Unterstützung des allgemeinen Wohnungsbaus und 300 Millionen Mark zur Unterstützung des Balzes von Bergmannswohnungen aufwendet werden kann. Bis 1920 seien insgesamt 44 Milliarden Mark öffentliche Mittel für jede Wohnungsbau aufwendet werden. Im Haushaltsjahr 1921 seien je 1½ Milliarden Mark für allgemeinen Wohnungsbau und für Bergmannswohnungen und daneben noch 700

Millionen Mark aus der Kohlenabnahme, insgesamt 3,7 Milliarden Mark ansetzt. Die Vorausicht habe in diesem Frühjahr auch bereits teilweise eine Stütze.

Die Zahl der Arbeitslosen, so bedauerlich sie auch anwachsen ist, sei immer noch geringer als die Ziffern anderer Länder, der Reichsregierung zweitlos verfluchtigt worden. Gleichzeitig ist nicht damit zu rechnen, daß die Maßnahmen irgend einer Regierung die Arbeitslosigkeit in Deutschland ganz beseitigen könnten. Das kann nur erreicht werden, wenn die Weltwirtschaft als Ganzes gelunge und wenn die deutsche Weltwirtschaft die Möglichkeit gegeben werde, dazu mit ihren besten Kräften beizutreten.

Ablehnend verhält sich das Schreiben des Reichsführers gegenüber einer Erhöhung der laufenden Gewerbeaufsichtsabgaben, die im Gesetz der erhöhten Wirtschaftsbelastung vorsieht, trotz der nunmehr weitverbreiteten Verschärfungsformen in den letzten Wochen. Besonders die Reichsregierung zieht neben dem Schlußschluß der Reichsminister, daß die Einziehung der Bevölkerung in vollem Gange sei und das Reichsnotier bereits zum Teil eingebrochen werde.

Zu diesem Schreiben der Reichsregierung ist zu bemerken, daß der Hinweis auf die bereits verausgabten Milliarden den Arbeitlosen wenig helfen kann, zumal daß wohl erst noch besonders zu unterscheiden wäre, wem der Höhenanteil dieser verbrauchten Milliarden zugewandt werden ist. Daß davon aus der Arbeiter der geringste Teil entfällt, während die weitaus größten Summen von den Unternehmen für Materialwechsel und Dienstleistungen verbraucht werden, ist eine längst bekannte Tatsache.

Was den gegenwärtigen Anträgen des Reichsnot und Reichsverkehrsministeriums für die Arbeitslosen herauskommt, darf hierunter die Verhandlungen mit den ein Ministerien eingesetzten Betriebsräten in Betracht kommen. Bereits der für die Arbeitnehmer bestimmtene Betriebsrat der Reichsverkehrsministeriums, obwohl er darüber der Meinung ist, er habe keine Aufgabe zu verfolgen, die bis dahin erzielten Aufträge seien Postforderschaften gewesen, und dass doch einige damalige Arten von Arbeitern ermittelt werden konnten, machten die Unternehmungen der Betriebe, die solche Arbeiten ausführen, die ärztlichen Schmerzleidungen gegen die Einstellung von Arbeitslosen. Nur bei Materialwechseln wollten sie die Möglichkeit zugeben, lebten aber alle bedenklichen Bedingungen für diese Einstellung ab.

Am Reichsverkehrsministerium, das angeblich Aufträge in Höhe von 16 Millionen Mark zu vergeben hat, kommen 7,5 Milliarden für Motoren und Wagons in Betracht. Außer dem Gebiete beherrschender Ring der Verbände der Motoren- und der Waggonfabriken vollständig die Preisgestaltung. So daß das Reichsverkehrsministerium hier gegenüber schwach ist. Wenn Motoren und Wagons für die 7,5 Milliarden Mark das Hauptanliegen sind zu kaufen und, bestimmt nicht das Ministerium, sondern der Unternehmer.

Sieht man von diesen Anträgen ab, so bleiben höchstens 14 Millionen Mark für den Ausbau von Werkräumen und für Reparaturarbeiten übrig, über die die Reichsregierung in sieben Jahren nichts mehr mit den Ressorten machen will, die das Reich zu vergrauen hat.

Was schließlich die Gestaltung der Arbeiten auf alle Arbeiter und die Fixierung der Arbeitszeit in die Weitläufige anlangt, so ist die Reichsregierung ja zur Durchsetzung aller Möglichkeiten durch schriftliche paritätische Vereinbarungen bestellt. Ob das aber der geeignete Weg ist, das Arbeitslosenproblem befreunzt zu lösen, erscheint und recht zweifelhaft; denn inzwischen dürfte die Arbeitslosigkeit tatsächlich angeschwollen. Es kommt: und angelängt der Antrag der Reichsregierung beinhaltet, daß es man dort den jüdischen Betrieb der Situation noch nicht völlig begreift habe und glaube, mit Betreuungen, Betriebsordnungen und älterer Bedenken, neuerdings Untertrüfungen und neuen Zugeständnissen an der ganzen Branche vorbeivollkommen. Dennoch kann man nachdrücklich genug vor einer solchen Lösung warnen. Wenn sie die einzelnen Betriebsvereinbarungen aufhebt, dann, ohne Auftrag zu verhindern, wird erneut eine neue Rücksicht auf die Arbeitnehmer, die in den Betrieben annehmen, um sie zu befreien, II. Tafel 10, I. Tafel 11, um Arbeitsfreiheit zu verhindern.

5. Zur Mittelbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, sowie es z.B. um die im Artikel 2-4 vorstehenden Verbindungen handelt, sind Verträge, der Gewerkschaften zugeschrieben.

6. Wie es mir keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitsmarkt für die Branche zu verhindern, ist in der Regel, daß der Arbeitgeber verpflichtet und nach Weisung des Sachverständigen verhandelt und nach Weisung des Sachverständigen verhandelt wird. Die letzteren Weisungen werden zu diesem Zweck ab einer bestimmten Zeit zu legen. Wenn sie die Rücksicht auf die gärtliche Arbeitslosigkeit besteht, dann, wenn sie die Rücksicht auf die gärtliche Arbeitslosigkeit besteht, wird.

7. Allen Fursorbeitern ist der bei der verhinderten Arbeitszeit entstehende Verlust zu zweit: Drittels von den Arbeitnehmern

Einige englische und amerikanische Schlagworte von großer Aktualität und deren Bedeutung.

(Wirk.) Die Engländer und die Amerikaner gebrauchen gern frische und treffende Schlagworte. Sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter besitzen ihre wichtigsten Bemerkungen, so fast ausschließlich mit diesen Worten. Einige von diesen Zahlen mit oft mit Beispielen, welche die große Aktualität dieser Ausdrücke in sich tragen.

Begrifflich der kapitalistischen Weltwirtschaft:

Open-door (sprich: "open door") = offene Türe. Eine Forderung, wonach unter freiem Himmel stehende Betriebe die freie Konkurrenz mit anderen Ländern machen soll. Der jüngste und noch unerledigte Konflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten wegen der Ostseefahrt in Mesopotamien, wo das britische Kapital Monopole ausüben trachtet und der einen riesigen Notenwechsel veranlaßt hatte — wird unter diesem Schlagwort behandelt.

Dumping (sprich: "dumping") = Verkauf zu Subsidiarpreisen, ein bereits international gewordener Ausdruck, welcher bedeutet, daß Waren unter ihrem Produktionswert verkauft werden. Die englische Regierung befürchtet dementsprechend ein Anti-dumping-Gesetz zu schaffen; ein guter Vorwand, die ausländische, vorwiegend deutsche Konkurrenz zu erdrücken, sollte sie sich insgeheim nicht bestätigt, daß durch die Abschaffung der englischen Industrie sie selbst in erster Reihe geschädigt würde.

Key-industry, basic industry (sprich: "key-industry, basic industry") = Schlüssel-Industrie, Grundindustrie, Industrien, welche lebenswichtige Produkte herstellen. Für den "Schw" dieser Industrien steht sowohl in England wie in den Vereinigten Staaten gelegentlich Mahnungen in Vorbereitung. Diese Industrien sind überall Monopole in Händen weniger Eigentümer, welche dadurch eine ungünstige Rente generieren. Diese sollten in den Besitz der Gemeinschaft überführt, nationalisiert werden (in England ist die Nationalisierung = Sozialisierung im Deutschen); statt dessen bringt man Wege zum "Schw" der Untergesellschaften, damit sie noch höhere Gewinne erzielen dürfen.

B. b. oder big business (sprich: "big b'nech") = gute Konjunktur (großer Goldrausch). Bis vor kurzem begrüßten einander die englischen Kapitalisten mit diesen zwei Wörtern; jetzt feiern sie, daß die gesuchte Periode des "B. b." eintheilweise vorbei sei.

Profiteering (sprich: "profiteering") = Gewinnstreben, womit das rücksichtslose Streben der Kapitalisten nach Profit bezeichnet wird. Der Kampf der Arbeiterschaft wird gegen dieses Profiteering geführt.

Begrifflich des Arbeitsverhältnisses:

Short-time (sprich: "short time") = kurze Zeit. Der Ausdruck bedeutet die Verkürzung der Arbeitszeit wegen Einschränkung der Produktion, sobald entweder weniger Stunden im Tag oder nur an einigen Tagen in der Woche gearbeitet wird. Gelegentlich der gezeigte Perioden des "B. b." einfache vorbei sei.

Joint Industrial Council (sprich: "Tjoint Industri Council") =

partielle Industrierate im Sinne der deutschen Arbeitgemeinschaften; also gemeinsame Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eines Industriekreises. Sie haben sich in England in den letzten drei Jahren herausgebildet und heben auch Whitley-Komitee nach dem Präsidenten der Kommission, der das System angezeigt.

Zehn Gebote für Diskussionsredner.

Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrag folgt, soll Ausdrucks- und Meinungs austausch der Versammlungsteilnehmer auf den behandelten Gegenstand sein, denselben nach allen Seiten

zu erischen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der Arbeitskosten ermöglichend Kosten auf die Mittel der produzierenden Gewerbebetriebe aufzuteilen. Die Miete ist ferner auf eine vorhergehende und nicht von lange Dauer sein, sondern es muß mit Einsicht auf die Erfolgsmöglichkeit der Tätigkeit in der nächsten teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kartei baldig wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Beschaffung der Wohnungen: die Sicherung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Errichtung öffentlicher Gebäude keine Arbeit verhängt werden kann, ist eine weitgehende, den Leistungsfähigkeiten angepaßte Erhöhung der laufenden Unterhaltung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Hungertod geschützt werden.

Die Unterhaltung soll in Dreiklassig II betragen:

für männliche Berber:

über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben 15 Mark
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben 18 Mark
über 18-21 Jahre 11 Mark
unter 18 Jahren 6 Mark

für weibliche Berber:

über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben 18 Mark
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben 11 Mark
unter 18 Jahren 5 Mark

Die Familiengröße für den überreichten beträgt 5 Mark, für die Kinder bis zu 16 Jahren 3 Mark, für sonstige Unterhaltungsberechtigte Angestellte 3 Mark täglich.

10. Der Reichstag wolle beobachten, die Reichsregierung zu erneut, die Belebung der Gewerbeleistung und die Aufforger für die Gewerbeleistung nach idenzen Grundlagen vorzunehmen:

1. Staatliche Prangstangen für öffentliche Arbeiten in weitem Umfang. Hierzu ist zu verhängen, daß die öffentlichen Verkehrsleistungen entsprechend der Arbeitsaufgaben ebenso gehen müssen, wie die öffentlichen Dienstleistungen und auszubauen.

2. Der Reichstag wolle beschließen: Bis zur Neuregelung der Gewerbeunterstützung bleiben die für die Wintermonate gewidmeten Unterhaltungen.

Nachdrücklich wurde dem vorstehenden Antrage noch eine Bitten: Es angeht mit folgenden Forderungen:

1. Die Verordnung, die er jetzt Maßnahmen gegenüber Betriebsbrüder und -Mitarbeitern vom 8. November 1920 ist auf alle Gewerbe einschließlich Hotel- und Gastronomiegewerbe auszudehnen.

2. Der Paragraph 74 des Betriebsvertrags ist dahingehend abzuändern, daß dem Betriebsrat oder Betriebsmann bei jeder von Unternehmern geplanten Betriebsstilllegung oder Betriebsveränderung ein Einführungskredit mit ausreichender Bildung gewißt gestrichen wird.

3. Der Vertrag über Stilllegungen usw. vom 8. November 1920 ist ebenso abzuändern, um unternehmern, daß Unternehmungen, die keine solche einen, entgegen und in den Besitz der Allgemeinheit übergehen können, zu werden.

4. Die Stilllegung von Hotels ist bis auf weiteres zu verbieten.

Es war wohl die Selbstverständlichkeit, daß sich in dieser Frage die beiden sozialistischen Parteien im Reichstag zusammen in den nächsten Jahren. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

Der Antrag ist inzwischen in erster Lesung beraten und vom Reichstag erneut vorgetragen. Die R.L.D. und das Gewerbe übernehmen, ist zum Zweck der Unterhaltung der Arbeitslosen ein entsprechendes Teil dieser Anträge an geeignete Arbeitnehmer entsprechend dem Gewerbeleistung nach idenzen Grundlagen zu verhängen. Dies ist die Umsetzung der Betriebsverträge, zu vereinbren.

5. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, des Landes und der Gemeinden und als Reichsarbeitssatzen zu verhindern, um den Betrieb in einem einzigen Land zu vereinen, II. Tafel 10, I. Tafel 11, um Arbeitsfreiheit zu verhindern.

6. Zum Mittelbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, sowie es z.B. um die im Artikel 2-4 vorstehenden Verbindungen handelt, sind Verträge, der Gewerkschaften zugeschrieben.

7. Wie es mir keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitsmarkt für die Branche zu verhindern, ist in der Regel, daß der Arbeitgeber verpflichtet und nach Weisung des Sachverständigen verhandelt und nach Weisung des Sachverständigen verhandelt wird.

8. Wie es mir keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitsmarkt für die Branche zu verhindern, ist in der Regel, daß der Arbeitgeber verpflichtet und nach Weisung des Sachverständigen verhandelt und nach Weisung des Sachverständigen verhandelt wird.

9. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

Der Antrag ist inzwischen in erster Lesung beraten und vom Reichstag erneut vorgetragen. Die R.L.D. und das Gewerbe übernehmen, ist zum Zweck der Unterhaltung der Arbeitslosen ein entsprechendes Teil dieser Anträge zu vereinbren. Dies ist die Umsetzung der Betriebsverträge, zu vereinen, II. Tafel 10, I. Tafel 11, um Arbeitsfreiheit zu verhindern.

10. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

11. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

12. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

13. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

14. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

15. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

16. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

17. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

18. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

19. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

20. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

21. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

22. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

23. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

24. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

25. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

26. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

27. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

28. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

29. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

30. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

31. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

32. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

33. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

34. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

35. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

36. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

37. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

38. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

39. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

40. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

41. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

42. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

43. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

44. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

45. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

46. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

47. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

48. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

49. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

50. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

51. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

52. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

53. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

54. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

55. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

56. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

57. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

58. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

59. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

60. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

61. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

62. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

63. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

64. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

65. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

66. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

67. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

68. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

69. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

70. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

71. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

72. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

73. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

74. Die R.L.D. der Arbeitnehmer erbrachte hier ein eindeutiges und entschiedenes Vorgetragen und in der Art wie Abstimmung werden müssen, konnte es keine großen Meinungsverschiedenheiten geben.

Neueste Vorgänge.

In der im Ultimatum der Entente gefesteten Frist ist auch die bayerische Einwohnerwehr zu entwaffnen und aufzulösen. Da sich gewisse Widerstände äußerten, hat der englische Botschafter Studd in München sich in einer Note an die britische Regierung gewandt, die folgendes Wortlaut hat: „Da die bestrengte, kategorisch zu erfordern, daß die Annahme der Sanctionen nur vermieden werden kann, wenn Bawer in dem Ultimatum geforderten Bedingungen rechtfertigt ist, d. h. die Einwohnerwehr nicht nur entwaffnet, sondern auch aufgelöst ist. Die Auflage seiner Regierung gab deshalb die transitorische Gelände Nord eine ähnliche Erklärung ab.“ Die Arbeitsschule hat es endlich fertig, sich durch die Redaktionen gemäßiger Kreise der Gesellschaft auszuspielen, daß die Gewerkschaften fortwähren.

Der Hauptteil der englischen Truppen, die für Oberbayern bestimmmt sind, trafen am 30. Mai in Speyer ein.

Der im Amerikum vermessene Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt in einer Erkundigung, daß das Prinzip der Einheit die unverzichtbare Voraussetzung der Arbeitsteilung ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das gesetzliche Amt eingehalten kann, zwei Internationale gleichzeitig anzuerkennen.

Die Vereinigung der deutschen Unternehmensverbände berichtet über eine günstige Entwicklung ihrer Organisationsabteilungen im Jahre 1920. Wie die Gewerkschaften, haben mit ihm auch die Unternehmer ihre Organisationen nicht nur erweitert, sondern auch vervollkommen. Die Zahl der Verbände ist von 180 zu 200 gestiegen. Am Schluß des Jahres waren der Zentrale rund 100.000 Betriebe, gegen 52.000 im Jahre vorher mit 8 Millionen beschäftigten Arbeitern angegliedert. Die Zahl der beschäftigten Arbeitern entspricht der Mitgliederzahl der Verbände der freien Gewerkschaften, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angegeschlossen sind.

Der Streit im Waldecker Gebiet hat auf die Neuroder-Gruben sich ausgebreitet. Bremen hat infolge eines Einsatzes eine Versicherung der Gasquelle sowie verminerte Belebung von elektrischem Strom angeordnet.

Die Firma Benz in Mannheim beschäftigt, am 1. Juni einen Teil ihres Betriebes, den alten Werkes stillzulegen. Durch diese Rohnahme werden etwa 1000 Arbeiter und Angehörige arbeitslos. Gleichzeitig legt die börsige Firma Heinrich Lanz den Betrieb der Lustschiffwerft still.

In den Anhaltischen Kohlenwerken, gebau, hat sich ein schweres Grubenunglück ereignet. Es kam plötzlich ein Eindringen des angesammelten Wassers eines Staus, so dass im Hochgang fast 17 Personen ums Leben kamen. 4 Bergleute konnten sich retten.

Im Brose gegen den Kriegsbeschuldigten Hauptmann Müller vor dem Reichsgericht bestreitet der Oberstkommandant eine Gefangenstrafe von 1 Jahr 3 Monaten. Müller wurde wegen Wehrhandlung untergebracht, Belästigung einer Wehrabteilung, sowie wegen vorsätzlichiger Wehrabteilung und Belästigung Untergesetz zu einer Gefangenstrafe von 20 Monaten Gefangenstrafe verurteilt. Im übrigen erfolgte Freisprechung.

Rath Ausweis des Reichslandes hat der Umlauf an Bayriergeld in der zweiten Maiwoche um 434,7 Millionen Mark abgenommen.

Nach Melbungen aus Berlin soll von der Reichsregierung bestreikt sein, die Beiträge für die Invaliden- und Hinterlassensversicherung erhöht zu werden.

England hat die Abgabe (Sollzulage) für deutsche Ware, den Bedingungen des Ultimatums entsprechend, von 50 auf 20 Prozent erhöht.

Der russische Wirtschaftsrat beschließt, die Einzukaufsgabe auf deutsche Waren aufzuheben.

Dänemark hat erhebliche Staatsbeiträge für seine Industrie durch Prezessionsförderungen eingespart.

Wege eines ausgebrochenen Streits im Baumgewerbe hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Regierungsbereich Berlin und in Anhalt 12.000 Bauarbeiter aufgestellt, darunter 8000 auf den Bauarbeiten.

Der Verbundes des Deutschen Bergarbeiterverbandes bewilligte für die streikenden Bergleute in England eine Million Mark aus der Verbandskasse und aus den Bezirkskassen für jedes Mitglied 3 Mark, so dass den englischen Genossen 2,5 Millionen Mark zugewiesen werden konnten.

Als Minister für den Wiederaufbau ist der Böllwitzschäfer Dr. Walter Rathenau in das Ministerium eingetreten. Reichstagsschauspieler Silberschmid (Sos.) ist wieder in Wahrnehmung der Arbeitersinteressen als Mitarbeiter im dritten Wiederaufbauministerium bestellt worden.

Bei einer inoffiziell veranstalteten Volksabstimmung in Salzburg über den Anschluß des Landes an Deutschland wurden 90.000 Ja-Stimmen und 700 Nein-Stimmen abgegeben.

In Praktiania kam es anlässlich des Generalstreiks zu Unruhen.

In Paris wurden bei einer Reihe von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Haussuchen vorgenommen, u. a. bei dem Reichsministral Torres und dem Schriftsteller Barbusse.

Deutschlands Schuhwaren- und Lederverhandel Januar bis September 1920.

Nach der amtlichen Statistik gestaltete sich Deutschlands Außenhandel im September 1920 gegenüber dem Vorjahr und den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres wie folgt: Vorab seien noch folgende Erläuterungen gegeben:

In der Einfuhr werden die Mengen, in der Ausfuhr auch die Werte mitgeteilt. Als Wert gilt der Grenzwert d. f. der Wert am Verleihungsort einschließlich der Kosten der Beförderung, der Verbringung und sonstigen Kosten bis zur Grenze des deutschen Wirtschaftsgebietes. Außerdem werden die wichtigsten herkunfts- und Bestimmungsländer aufgeführt, in dem die Ware in derenigen Beschaffenheit erzeugt oder hergestellt ist, in der sie eingeführt wird, als Bestimmungsländer dargestellt, für deren Verbrauch die Ware bestimmt ist, dienen soll. Bei Waren mit geringer Ein- und Ausfuhr ist von Länderangaben abgesehen worden. (D. bedeutet Doppelzähler.)

Im einzelnen gestaltete sich die einschlägige Einfuhr wie folgt:

1920: September: August: September:

Schuhe aus Ledern, behaarten Häuten, Fisch- oder Kräuterhäuten mit Holzsohlen:

Boar 1262 59 4196 im Gewicht von Dp. 4 1

Schuhe aus Leder usw. mit anderen Sohlen, das Paar über 1200 Gramm:

Hannover Paar 6112 21747

Großbritannien 4998 89 87888

Schweden
Deutsche Länder 970 10889 58580

zusammen Paar 14969 16599 202609 im Gewicht von Dp. 200 210 3070

Sohleschuhe, das Paar über 600 bis 1200 Gramm;

Sohlebretterteile mit elastischen Einsätzen:

Belgien Paar 170 — 6811

Dänemark — 54 18167

Schweiz 36 18782

Uebrige Länder 305 1889 16789

zusammen Paar 5769 1700 58684 im Gewicht von Dp. 57 16 497

Sohleschuhe, das Paar bis 600 Gramm:

Belgien Paar — 1067 19087

Schweiz 485 9892

Uebr. St. v. Amerika 106 119 8857

Uebrige Länder 214 946 18326

zusammen Paar 508 2191 58001 im Gewicht von Dp. 4 18 980

Sohleschuhe, das Paar bis 600 Gramm:

Belgien Paar 500 — 500

im Gewicht von Dp. 2 — 2

Sohle, halb- oder ganzer (Güld mehr als 8 Rg.);

ganze Häute, Garniture; Oberleber für Schuhe,

Sohle, Paftosse:

Doppelgentiner 97 6 874

Groß-Böhringen 654 10 816

Frankreich 58 14 261

Großbritannien 444 54 890

Italien 1 — 102

Luxemburg 20 — 588

Niederlande 22 14 488

Uebr. St. v. Amerika 42 48 412

zusammen Dp. 1806 141 4500

Sohlebretter:

Doppelgentiner 614 140 6217

Groß-Böhringen 50 1995 9894

Frankreich 577 689 7073

Großbritannien 98 147 8205

Italien 100 101 1782

Luxemburg 807 896 7782

Niederlande 1 — 1524

Schweden 1 2 1688

Spanien 75 181 1867

Uebr. St. v. Amerika 111 106 1888

Uebrige Länder 512 985 4051

zusammen Dp. 5762 7484 51191

Oberleber für Schuhe, Stiefel, unter 1 kg. das Güld:

Doppelgentiner 1 — 36

Frankreich — 1 — 48

Großbritannien 18 2 78

zusammen Dp. 18 2 162

Sohlebretter mit elastischen Einsätzen:

Belgien Paar 11491 8800 84488

Saargebiet 54496 64931 96243

Niederlande 859 7457 48492

Norwegen 60 8659 16887

Oesterreich 10041 15069 88524

Ungarn 906 458 18838

Schweden 1582 897 48905

Spanien 1058 960 48948

zusammen Paar 59214 110000 549463

im Gewicht von Dp. 561 739 4017

Wert in 1000 M. 10783 14299 58680

Sohleschuhe, das Paar:

Boar 5888 5014 26883

im Gewicht von Dp. 1876 1815 7727

Wert in 1000 M. 298 212 908

Sohle, halb- oder ganzer, auf angestrichen, anderweitig genannt; Oberleber für Schuhe,

Oberleber für Schuhe, unter 1 kg. das Güld:

Doppelgentiner 25 87 818

Dänemark 76 145 884

Frankreich 1 5 474

Großbritannien 81 2 1029

Italien 81 499 1290

Niederlande 148 562 1492

Oesterreich 18 16 897

Polen 152 178 490

Portugal — 84 876

Schweden 41 64 1741

Spanien 180 694 1741

Schweiz 9 9 204

Uebrige Länder 815 229 414

zusammen Dp. 1011 2249 11880

Wert in 1000 M. 21108 48961 45227

Sohlebretter:

Doppelgentiner 105 84 801

Boar 83 10 285

Niederlande 1 148 682

Oesterreich 1 10 884

Uebr. St. v. Amerika 84 10 1107

Uebr. St. v. Amerika 158 65 1895

Uspolowatz 100 16 800

Weltförm. 315 462 1795

Uebrige Länder 48 577 988

zusammen Dp. 682 1172 7942

Wert in 1000 M. 6020 7488 57189

Wie vorstehendes Bild erscheint läßt, hat sich Deutsch-

land eindeutig auf die Ausfuhr von Schuhwaren und Schuhbrettern konzentriert.

Um entierierten an den Außenhandel der Weltkriegszeit heran. Im Jahre 1914 beispielsweise hat nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich die Paarzahl der ausgesetzten Schuhwaren auf 238.000 gestanden. Wie das Jahrzehnt der Arbeitsschule zeigt, sind abgesehen von den von Deutschland abgetretenen Österreich, Italien, Griechenland und Jugoslawien weiterhin Industrie, während mit den übrigen Staaten das Geschäft noch geringfügig erscheint. Beim Ende des Krieges lagen die Verhältnisse ungefehl so, wie sie jetzt vorliegen. Die Güte geht der Menge nach beträchtlich über die Ausfuhr hinaus. In den vorhergegangenen Berichtsjahren wurden 56.903 Doppelzähler eingeschüttet, dagegen nur 19.322 Doppelzähler ausgeführt.

um entierierten an den Außenhandel der Weltkriegszeit heran. Im Jahre 1914 beispielsweise hat nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich die Paarzahl der ausgesetzten Schuhwaren auf 238.000 gestanden. Wie das Jahrzehnt der Arbeitsschule zeigt, sind abgesehen von den von Deutschland abgetretenen Österreich, Italien, Griechenland und Jugoslawien weiterhin Industrie, während mit den übrigen Staaten das Geschäft noch geringfügig erscheint. Beim Ende des Krieges lagen die Verhältnisse ungefehl so, wie sie jetzt vorliegen. Die Güte geht der Menge nach beträchtlich über die Ausfuhr hinaus. In den vorhergegangenen Berichtsjahren wurden 56.903 Doppelzähler eingeschüttet, dagegen nur 19.322 Doppelzähler ausgeführt.

Aus unserem Berufe.

Verbandsstag des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schärfefabrikanten.

Dieser zum 9. Juni in Weimar zusammengetretene Tagung der Schuhfabrikanten liegen zum Kapitel „Arbeiterfrage“ vor:

Antrag des Schuhfabrikantenvereins Bismarck:

„Es ist bei der Tagesordnung Punkt Arbeitsschule eine Aussprache darüber herbeizuführen, ob die fortgesetzten Anträge des Centralverbandes der Schuhmacher Deutschlands auf Belebung von Betriebsschulen in höherer Abschaffung nicht als ungültig zu betrachten sind.“

Ebenso beantragt der Verband der Schuhfabrikanten von Wittenberg und Dohnsdorff C. B. folgenden:

„Nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Auftragsvertrages zum Reichsstaatvertrag für die Schuhindustrie infolge Kündigung von Seiten der Arbeitgeber — oder Arbeitnehmerseite, jedoch nicht nach Ablauf des Gültigkeitsvertrages ist der Auftragsvertrag bestmöglich zu erneuern. Die Regelung der Abrechnung ist in diesem Falle die Vereinbarung zwischen dem Schuhindustrieverband und dem Arbeitgeberverband.“

Ein weiterer Antrag des Centralverbandes der Arbeitgeberorganisationen ist erörtert. Der Baudertrag ist in fünf Teile am 31. Januar 1922 aufgelöst zu führen.

Ein weiterer Antrag des Arbeitgeberverbandes ist auf die Befreiung der Arbeitsschule bestellt, nach welcher die Bindung durch einen Vertrag offenbar nicht recht behagt. Die Arbeitschule wird sich gegen die Arbeitgeber, die gegen den Reichsstaat unternommen werden, zu wappnen.

Schuhhändler contra Gewerkschaftskartell.

Das Frankfurter Gewerkschaftskartell hatte einen Schuhvertrag eingereicht, der von dem Kaufmann Max Emanuel erwähnt wurde. Gegen die Anklamdbungen wurde ein Teil unter Fabrikationspreis verlangt und berechtigte, wonach sich beim Gericht beantragt. Beide Anträge, die im September 1920 vorliegen, werden bestätigt.

Schuhhändler contra Gewerkschaftskartell, im September 1920 vorliegen, werden bestätigt.

Schuhmacherinnungen verlangen die Auflösung der Reichsschuhverfassung.

Der Bund Deutscher Schuhmacherinnungen hat eine Eingabe an das Reichsamt für Wirtschaft und Handel gerichtet, in welcher er die Auflösung der Reichsschuhverfassung, die im September 1920 vorliegen, wird das Jahr noch um die Blasiuszeit verlangt.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern. In Frankfurt wird das Jahr noch um die Blasiuszeit verlängert.

Der Baudertrag ist in fünf Teile am 31. Januar 1922 aufgelöst zu führen.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

Die Befreiung der Arbeitsschule ist bestellt, um die Arbeitsschule zu fördern.

